

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Stefan Berger Maximilian Krauss, MA und Veronika Matiasek, betreffend „Erweiterung Untersuchungskommission Missbrauchsverdacht“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 24. November 2022 zu Post 19

Anlässlich eines über ein Jahr hindurch geheim gehaltenen sexuellen Missbrauchsverdachts in einem Kindergarten der Stadt Wien hat diese eine Kommission zur Überprüfung der Vorgehensweisen rund um den Missbrauchsverdacht eingesetzt. Unter anderem soll zur möglichen Vertuschung der Tat ermittelt werden und auch mögliche Fehler bei den Vorgängen stehen nun auf dem Prüfstand.

In der Kommission sitzen neben der Kinder- und Jugend-Anwaltschaft Wien auch Vertreter des Kinderschutzzentrums Möwe, der Kinder- und Jugendhilfe Wien u.v.m. Alle Organisationen und Experten eint, dass Sie unter anderem in wirtschaftlicher Abhängigkeit zur Stadt Wien stehen und daher insbesondere Eltern des betroffenen Kindergartenstandorts eine vollkommen objektive und schonungslose Aufarbeitung des Skandals bezweifeln. Die Beiziehung von Experten und Organisationen außerhalb des Standortes Wien, zumindest bundesweit, besser jedoch aus dem deutschsprachigen Raum, würde die Kommission zur Aufarbeitung in ein besseres Licht rücken und die Glaubwürdigkeit deutlich erhöhen. Das Vertrauen der Eltern in elementarpädagogische Einrichtungen der Stadt Wien wieder zu stärken, muss eines der primären aktuellen Ziele sein.

Wie die Kronen-Zeitung am 2. November 2022 berichtete, gibt es weitere Fälle von Missbrauch. Zwei Wiener Pädagogen sollen sich an Schützlingen sexuell vergangen haben. Nach den mutmaßlichen Übergriffen in Penzing und anderen Einrichtungen stehen erneut zwei (männliche) Pädagogen im Verdacht, Kinder missbraucht zu haben. Der eine im Kindergarten, der andere soll sich im privaten Umfeld an einer Minderjährigen vergangen haben. Die Männer verrichten nun nach ihrer abscheulichen Tat Bürojobs bei vollem Gehalt. Die Eltern seien sofort informiert worden. Es handle sich zwar „nur“ um Verdachtsfälle. Allerdings sind diese so konkret, dass die zuständige MA 11 (Jugendamt) die Staatsanwaltschaft eingeschaltet hat. Die Ermittlungen laufen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat fordert den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Transparenz, auf, die Untersuchungskommission zur Aufarbeitung der Kindergartenskandale um die aktuellen Fälle von Missbrauch und um nationale und internationale Experten ohne wirtschaftliche Abhängigkeit zur Stadt Wien zu erweitern.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.